

dass die erarbeiteten Maßnahmen in das Strukturgesetz einfließen sollen.

Es mag sein, dass wir darüber schon seit Jahren diskutieren, aber wir haben in der Tat einen historischen Moment erreicht: Alle Länderminister - egal ob von SPD, FDP, CDU, CSU oder den Grünen - sind sich einig, dass wir hier gemeinsam an einem Strang ziehen und dass die Länder erstmalig mehr Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten bekommen. Deswegen sind wir uns auf der Gesundheitsministerkonferenz alle einig gewesen, egal aus welcher Richtung die Initiative kam. Das möchte ich hier betonen.

Die Bedarfsplanung wird künftig flexibler gestaltet. Sie wird stärker regional ausgerichtet sein. Dabei kommt auch die Flächenthematik ins Spiel. Das heißt, die ärztliche Versorgung muss künftig nicht mehr nur an Landkreisgrenzen ausgerichtet sein, sondern sie kann ganz andere regionale Strukturen abbilden. Die Länder werden künftig mit zwei Stimmen im Gemeinsamen Bundesausschuss vertreten sein. Das ist ganz entscheidend. Das hat es noch nie gegeben. Das wird ein struktureller Unterschied sein. Über eine stärkere Beteiligung an den Landesausschüssen können wir dann unmittelbar an der Bedarfsplanung mitwirken. Auch das ist für uns wichtig, weil wir das, was der Bundesausschuss vielleicht nicht länderspezifisch berücksichtigt und regelt, im Landesausschuss einbringen können.

Bei den neuen Beteiligungsformen geht es nicht darum, ein neues Spielfeld für die Länder aufzumalen und aufzuzeigen, sondern wir wollen die Rahmenbedingungen für die ambulante Versorgung der Patientinnen und Patienten und die Schnittstelle zur stationären Versorgung mitgestalten. Das werden wir in das Versorgungsstrukturgesetz mit einfließen lassen.

(Zustimmung von Ingrid Klopp [CDU])

Das Ganze soll zum 1. Januar 2012 in Kraft treten, wenn die Länder so, wie sie es bisher signalisiert haben, geschlossen auftreten werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Damit uns das auch im Zeitplan gelingt, fand gestern bereits ein Bund-Länder-Gespräch beim Bund darüber statt, was in diesem neuen Referentenentwurf enthalten ist und was nicht enthalten ist. Auch das möchte ich betonen. Wir haben gestern auf der Gesundheitsministerkonferenz die Punkte aufgezählt und einen neuen Beschluss gefasst, in dem wir der Bundesregierung und dem Bundesmi-

nisterium sehr deutlich aufgezeigt haben, was wir begrüßen, was schon enthalten ist und was noch nicht enthalten ist, aber auf jeden Fall noch mit einbezogen werden soll.

Sie sehen, die Länder stehen in der Pflicht, das Gesetz mit Leben zu füllen. Dieser Verpflichtung kommen wir nach. Uns im Land Niedersachsen kommt jetzt die Verantwortung zu, in bewährter Weise mit den niedersächsischen Akteuren zu besprechen, wie wir diese zusätzlichen Möglichkeiten und Mitspracherechte einfließen lassen können. Das werde ich tun. Ich werde umgehend dazu einladen, dass wir uns bereits jetzt, rechtzeitig bevor das Gesetz in Kraft tritt, sehr genau anschauen werden, wie wir uns hier einbringen können. Dazu gehören ohne Frage auch die kommunalen Spitzenverbände, die mit an einem Strang ziehen. Gemeinsam werden wir das hohe Niveau der medizinischen Versorgung sicherstellen

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich freue mich und danke allen Fraktionen, dass sie uns bei dieser Arbeit, bei dieser gesellschaftlichen Verantwortung unterstützen werden, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drs. 16/3631 unverändert annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wie heute Morgen beschlossen wurde, sollen die beiden Tagesordnungspunkte 44 und 51 zusammen beraten werden. Daher rufe ich jetzt zur gemeinsamen Beratung den **Tagesordnungspunkt 44** und den **Tagesordnungspunkt 51** auf:

Abschließende Beratung:

a) **25 Jahre Tschernobyl, Fukushima heute: Niedersächsische Atomkraftwerke „abschalten“, erneuerbare Energien und Energieeffizienz „einschalten“** - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3514 - b) **Die Zeitenwende vom 11. März 2011 - Die Lehren aus der Katastrophe**

von Fukushima ziehen: Vorrang für Sicherheit - Schnellstmöglicher Atomausstieg! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/3530 -
c) **Sozialverträglicher Umbau der Energiewirtschaft: „Bezahlbar, sicher, nachhaltig“** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/3533 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz - Drs. 16/3758 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - Drs. 16/3784 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/3795

Erste Beratung:

Unverzüglicher und im Grundgesetz verankerter unumkehrbarer Ausstieg aus der Atomenergie und endgültiger Abbruch der „Erkundung“ des Salzstocks Gorleben-Rambow als Endlager - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3745

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt in der Beschlussempfehlung in der Drs. 16/3758, die Anträge abzulehnen.

Der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drs. 16/3784 und der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/3795 haben eine Annahme der Anträge in jeweils geänderter Fassung zum Ziel, wobei sich der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP weiter von den Ursprungsanträgen entfernt als der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Ich weise darauf hin, dass wir nachher bei der Abstimmung aufpassen müssen.

Nun kommen wir zur Einbringung des Antrages unter Tagesordnungspunkt 51. Als ersten Redner rufe ich den Kollegen Herzog von der Fraktion DIE LINKE auf. Bitte sehr!

(Beifall bei der LINKEN)

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Präsident, ich spreche zu beiden Tagesordnungspunkten.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Dannenberg steht mitten in der Stadt ein 2 m hohes,

aus Eisenbahnschienen geschweißtes X, das Widerstandssymbol der Region.

(Beifall bei der LINKEN)

Daneben steht ein Wegweiser: Fukushima 9 000 km, Tschernobyl 1 400 km, Krümmel 78 km und - natürlich - Gorleben 18 km, mit Fass-Castor-Lager, Konditionierungsanlage und Endlager-Schwarzbau. „denkmal“ hat der Künstler darangeschweißt, kleingeschrieben sozusagen als Aufforderung. Ich erinnere mich noch gut an die erschrockene Kanzlerin, an den blassen Umweltminister und an deren erstaunliche Sätze Mitte März: Das unmögliche Denken, eine neue Ethik sei notwendig für weit reichende Konsequenzen.

Die Ethikkommission, besetzt ohne Volk und ohne Bürgerinitiativen, kreierte und gebar einen Kompromiss, Zahlen, eingebettet in wohlklingende, Verantwortung suggerierende Wortschöpfungen. 2021, die magische Zahl, war nicht an lebensnotwendigen Strommengen orientiert. Da hatten Fachleute wie Professor Dr. Olav Hohmeyer von der Uni Flensburg und Mitglied des Sachverständigenrates für Umweltfragen, längst Margen wie 2015 berechnet. Nein, es roch wieder einmal nach Fisch-Heinz und seinen Einlullungen. Mit Ethik hatte das nicht viel zu tun; denn Ethik muss heißen: Im Zweifelsfall Finger weg vom Atomdesaster, und zwar sofort!

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Veränderung im Sicherheitsdenken, eine Neubewertung des Risikos, sollte zu einer neuen Politik führen. Erleben tun wir aber: Die niedersächsische Atomaufsicht führt den Stresstest der heimischen Atomkraftwerke am Schreibtisch durch und erteilt ein erstklassiges „Bestanden“ an die papiernen Prüflinge. In Gorleben wird ganz ohne Stress, geschweige denn Test, der Schwarzbau vorangetrieben, der ungenügende Strahlenschutz bleibt völlig unangetastet. Überhaupt erinnert vieles an den rot-grünen Nonsens-Konsens von 2000.

(Beifall bei der LINKEN)

Anstatt 2000 die Sicherheitsanforderungen für die AKW aufs notwendige Maß zu setzen und anstatt 2000 das manipulierte, untaugliche Abenteuer Gorleben zu beenden, legte Rot-Grün damals der Atomlobby einen roten Teppich für 20 Jahre Profitabschöpfung aus und schluckte dazu noch alle möglichen Kröten. Die Garantie eines reibungslosen Betriebes der Atomwirtschaft, keine Verschärfung der Sicherheitsanforderungen, die Inbetriebnahme von Schacht Konrad, steuerfreie Rückstel-

lungen, aufgeweichter Strahlenschutz, Asse blieb ganz draußen und Gorleben war eignungshöflich. Und das Fatale ist: Daran ändert sich faktisch nichts mit diesem Konsens-Neuaufguss.

(Beifall bei der LINKEN)

Ausgerechnet die Anti-Atom-Ikone, die Jeanne d'Arc des Widerstands, die grüne Fraktionsvorsitzende im Europaparlament Rebecca Harms, die sich so gern auf ihre Basis in Lüchow-Dannenberg beruft, sagte vergangenen Samstag auf dem Grünen-Parteitag:

„Es ist schon komisch, wenn die falsche Regierung das Richtige tut. Das Richtige wird aber dadurch nicht falsch.“

Schon 2000 vertrat sie genau diese Linie, mit der Folge, dass die gesamte siebenköpfige Kreistagsfraktion und der halbe Kreisverband die Partei verließen.

(Jens Nacke [CDU]: Sind die Wunden immer noch offen? - Zuruf von Ralf Briese [GRÜNE])

Berechnet haben die Grünen als Enddatum 2017, gestimmt haben sie für 2022. Gorleben und Schacht Konrad werden abgetrennt und ausgeblendet, und alle Kröten vom Nonsens-Konsens 2000 bleiben lebendig.

Die Grünen dürfen jetzt in Merkels Bordrestaurant Sekt schlürfen, anstatt den Zug zu stoppen, wie die Basis es will, besonders im Wendland.

(Beifall bei der LINKEN - Bernhard Busemann [CDU]: Peinlich!)

Und alles ohne Not! Denn sie sind nicht mal Mehrheitsbeschaffer und auch nicht kleiner Juniorpartner wie unter Patriarch Schröder. Ein Schelm, der an 2013 denkt!

Mit Verlaub: Alles, was ich jetzt kritisiere, gilt natürlich auch für die SPD. Toll, wie es die alte Tante schafft, sich im Windschatten der wegnickenden Grünen durch den Blätterwald zu mogeln.

(Beifall bei der LINKEN - Johanne Modder [SPD]: Na!)

Gerade hatte sie sich dazu durchgerungen, Gorleben als untauglich zu bezeichnen, nun solle es doch wieder drinbleiben im Topf.

Warum - das ist die entscheidende Frage, meine Damen und Herren - steigen SPD und Grüne auf diese schwarz-gelbe Galeere, auf der Angela den

Takt schlägt? Warum haben sie nicht auf einem Gesamtpaket Atomausstieg und Energiewende unter Einbeziehung der Endlagerung bestanden?

(Beifall bei der LINKEN - Jens Nacke [CDU]: Wer schreibt Ihnen diese Texte? Das kann man sich doch nicht selber einfallen lassen!)

Anstatt einen kompletten Neuanfang beim Umgang mit Atommüll durchzusetzen, statt einer glasklaren Aufgabe des wasser- und gasanfälligen Salzstocks Gorleben bleibt dieser Trumpf im rot-grünen Ärmel, und den Stich macht Schwarz-Gelb. Deshalb gärt es im Wendland. Nicht nur Bürgerinitiativen und Bäuerliche Notgemeinschaft schäumen wegen dieses zweiten Einknickens von Rot-Grün.

(Jens Nacke [CDU]: Sie verirren sich schon wieder in Bildern! Das ist ein großes Problem!)

Auch der Kreistag Lüchow-Dannenberg, Herr Nacke, hat mit deutlicher Mehrheit und deutlicher Sprache am 20. Juni folgenden Beschluss gefasst - Sie können es einmal lesen; ich zitiere ein wenig daraus -:

(Jens Nacke [CDU]: Das muss man auch, weil man nicht verstehen kann, was Sie da reden!)

Atomenergie unverzüglich, unumkehrbar beenden, Endlagerbauwerk Gorleben schließen, neue Suche, neue Konzeption unter Ausschluss von Gorleben, unsicheres Zwischenlager schließen, Transporte beenden. - Das ist Lüchow-Dannenberg!

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Wenzel, Herr Schostok, Herr Thümler, Herr Dürr, das ist die Basis. Das ist die Meinung der betroffenen Bevölkerung, die trotz aller vergeblichen Gegenattacken von Frau Bertholdes das Ende von Gorleben, der Castortransporte und der Atomkraft insgesamt fordert - übrigens auch die Grünen.

(Christian Dürr [FDP]: Sie entscheiden ganz persönlich, wer die Basis ist, Herr Herzog?)

Die Menschen im Wendland könnten den Begriff „Ethik“ füllen; denn Sein bestimmt bekanntlich das Bewusstsein. Gorleben herauszulassen und kraftlos zu vertagen, heißt hingegen: Röttgen schafft zusammen mit dem grünen BfS-Chef König knallharte Fakten, fährt Strecke um Strecke im Endla-

ger-Schwarzbau auf und wird 2013 die vorläufige Sicherheitsanalyse zurechtgebastelt haben. Auch die von Ihnen wieder geschaffene Enteignungsmöglichkeit von Besitzern von Grundstücken über dem Salzstock bleibt von Rot-Grün jetzt unange-tastet.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Da haben Sie nicht alles gelesen!)

Meine Damen und Herren, wir Linke haben ein Ausstiegskonzept vorgelegt, bei dem das letzte AKW 2014 vom Netz ginge - stufenweise, abwechselnd Nord und Süd. Das ist vor dem Hintergrund der Zubauraten bei den erneuerbaren Energien und den im Bau befindlichen konventionellen Kraftwerken von den Strommengen her plausibel durchgerechnet. Damit befinden wir uns in guter Gesellschaft z. B. mit Professor Hohmeyer und mit Christian von Hirschhausen von der Uni Berlin, die 2014 und 2015 für realistisch halten,

(Christian Dürr [FDP]: Physiker Professor Dr. Dr. Herzog!)

und mit weiteren 1 300 Professoren und Wissenschaftlern und 250 000 Menschen, die diese Anzeige unterschrieben haben.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Das können wir nicht lesen! Es ist falsch herum!)

- Schön, dass Sie das noch merken. Sonst merken Sie ja nicht viel, Herr Hocker.

Unumkehrbar ist gar nichts. Womöglich politisch gewollte Rechtsunsicherheit kann zu hohen Entschädigungen an die Atom-Viererbande zulasten des Steuerzahlers führen und damit jederzeit zur Rücknahme dieses Langzeitpseudoausstiegs. Nicht umsonst spart sich Angela Merkel sechs Atomkraftwerke für 2020, 2021 und 2022 auf.

(Zurufe)

Dann kann man bis dahin nämlich nachweisen, wir brauchen sie doch, und dann sind sie wieder da. Herr Nacke, unumkehrbar ist etwas anderes.

(Jens Nacke [CDU]: Verschwörungstheorie!)

Unumkehrbar ist, was Österreich macht: neun Sätze in der Verfassung, und dann ist Schluss mit dem Atomspuk, und zwar einstimmig.

(Beifall bei der LINKEN)

Was allerdings Schwarz-Gelb heute hier vorlegt, ist nicht einmal ein Pausenfüller - ein Jubeltext völlig

ohne Substanz. Der zunächst vorgelegte Gorleben-Teil wurde klammheimlich wieder herausgestrichen, Herr Nacke. Warum denn bloß?

(Zuruf von der CDU: Dann würde ich mich doch nicht so aufregen, verdammt!)

Ein absolutes Armutszeugnis ist dieser Alibitext, damit Sie mit der Arroganz der Mehrheit alle anderen Anträge vom Tisch wischen können. Gratuliere!

(Zuruf von der CDU: Eine Frechheit ist das!)

Wir haben einen neuen Antrag in Ergänzung unseres ersten vorgelegt - Sie werden ihn hoffentlich gelesen haben - und beantragen, heute über ihn abzustimmen. Er hat drei ganz klare Schwerpunkte: erstens eine schnelle Beendigung der Atomenergie bis 2014, zweitens nicht nur einen Stopp, wie die Grünen und die SPD es wollen, sondern die endgültige Aufgabe von Gorleben, wie der Kreistag im Wendland es will,

(Beifall bei der LINKEN)

und drittens die Unumkehrbarkeit des Ausstiegs über die Aufnahme ins Grundgesetz, wie Österreich es uns vorgemacht hat. Nur so, meine Damen und Herren, kann man Tschernobyl und Fukushima angemessen Rechnung tragen. Ansonsten bleibt der Ausstieg weiterhin Handarbeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Zu einer Kurzintervention hat sich der Kollege Briese zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Ralf Briese (GRÜNE):

Ich danke Ihnen, Herr Präsident. - Ich finde, es war wie immer sprachlich interessant, rhetorisch blumig. Ich höre Ihnen gerne zu, Herr Herzog.

(Bernhard Busemann [CDU]: Sprachlich war das 60er-Jahre! - Zuruf von DER LINKEN: Mit der Faust in der Tasche!)

- Doch, doch. Rhetorisch ist das immer relativ geschliffen.

(Jens Nacke [CDU]: Sprachlich ist das Groschenroman!)

Inhaltlich war es relativ dürftig und mager. Auch das muss man einmal feststellen. Ich habe viel

Trennungsschmerz gehört. Alte Wunden sind noch nicht vernarbt. Das ist auch typisch. Sie haben maximale Verbalinjurien zum Besten gegeben.

Wir wollen ganz klar feststellen: Die Linke in Deutschland - wie auch immer sie heute heißt, ob alte Partei, PDS, Linkspartei oder wie auch immer - hat nichts, aber auch gar nichts zum Atomausstieg in diesem Lande beigetragen.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben es nicht in der Vergangenheit getan, Sie haben es nicht jetzt getan, und Sie werden es auch nicht in Zukunft tun. Zum Ausstieg aus der Atomenergie hat die Linkspartei nichts, aber auch gar nichts beigetragen. Das gehört wirklich zur historischen, zur geschichtlichen Wahrheit dazu.

(Zurufe von der CDU)

Herr Herzog, die Grünen haben es sich mit diesem Ausstieg wahrlich nicht leicht gemacht. Das haben auch Sie mitbekommen. Wir haben einen sehr kontroversen Parteitag darüber abgehalten. Das Ergebnis war eng. Die Debatte war spannend und kontrovers. Wir haben auf unseren Parteitag noch einmal die Debatte geführt, ob der Ausstieg jetzt richtig ist oder er schneller kommen müsste.

(Zuruf von der CDU: Die Debatte war nicht schlecht!)

Wir haben also eigentlich stellvertretend auf unserem Parteitag die Debatte noch einmal geführt.

Wir stimmen nur dem Ausstiegsszenario zu. Allen anderen sieben Gesetzen, die die Bundesregierung jetzt auch noch bezüglich der Energiewende beschließt - - -

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, Ihr letzter Satz!

Ralf Briese (GRÜNE):

- - -, stimmen wir nicht zu. Wir wollen deutlich schneller in die Energiewende eintreten, ganz im Gegensatz zu zwei prominenten Bundesländern, nämlich dem Land Brandenburg, welches für die CCS-Technologie eintritt - - -

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Nein, Herr Kollege. Das geht nicht.

(Der Präsident schaltet dem Redner das Mikrophon ab - Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Ich gehe davon aus, dass Herr Herzog erwidern möchte. - Herr Herzog, Sie haben auch für 90 Sekunden das Wort.

(Bernhard Busemann [CDU]: Wie war der Kreistag? Dieser tolle Kreistag, von dem Sie reden!)

Kurt Herzog (LINKE):

Was genau wollen Sie wissen? - Sie können mich das gerne mal fragen. Dann können wir darüber reden - - -

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, Sie müssen Ihre 90 Sekunden jetzt zur Erwidern nutzen.

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Präsident! Herr Briese, es ist klar, dass Sie jetzt in die Bütt müssen und dies verteidigen müssen. Ich sage Ihnen einmal etwas. Möglicherweise wissen Sie das nicht.

Erstens. Die Linke hat sehr viel dazu beigetragen. Als Ihre Partei 2001 diesem sogenannten Nonsense-Konsens mit all den von mir aufgezählten Kröten zugestimmt hat, hat die PDS dagegen gestimmt. Sie hat auch dagegen gestimmt, diesen Strahlenschutz so aufzuweichen, dass die Atomindustrie so arbeiten kann, wie sie es jetzt kann. Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen. Das ist nämlich die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Wenn das Ergebnis bei den Grünen über die Frage knapp war, ob man diesem Neuaufguss des sogenannten Konsens zustimmt, dann war es im Wendland knapp, allerdings nur für Rebecca Harms. Sie stand dort völlig allein. Der Kreisverband der Grünen im Wendland ist an dieser Stelle glasklar.

Drittens. Ich werfe Ihnen hauptsächlich vor, dass Sie dieser Sache ohne Not zustimmen, Merkel sozusagen eine Steilvorlage geben und Gorleben nicht mit in diesem Paket abhandeln, obwohl Sie immer sagen, Gorleben sei untauglich. Es bleibt im Topf. Sie werden sich wundern. Merkel wird zusammen mit Wolfram König und Röttgen darüber hinwegraschen. Sie werden Gorleben im Topf lassen und prioritär zum Endlager ausbauen wollen. So sieht es nämlich aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Herr Wenzel das Wort.

(Zuruf von der LINKEN)

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Herzog, Ihre Schwarzseherei wird nicht eintreten. Die gestrige Entscheidung des Bundestages stellt, wie eine große Zeitung heute schreibt, eine Zäsur in der Industriegeschichte Deutschlands dar. Die gestrige Entscheidung läutet das Ende der Atomindustrie in Deutschland ein. Wir werden auch erleben, dass sich diese Branche noch mit brachialer Gewalt gegen den Verlust ihrer exorbitanten Profite wehren wird.

Der deutsche Abschaltplan endet 2022. Aber wir haben am letzten Wochenende auch ganz deutlich gesagt: Dieser Termin ist der letztmögliche für das letzte Kraftwerk.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wir werden alles daransetzen, die verbleibenden Kraftwerke deutlich früher vom Netz gehen zu lassen. Daran müssen alle mitarbeiten, die das wollen.

Meine Damen und Herren, wir erwarten, dass die Landesregierung die Betreiber der Restanlagen zu einer dynamischen Risikovorsorge und zu einer Nachrüstung zwingt. Dazu gab es gestern und vorgestern keinen Satz von Ministerpräsident McAllister. Vom Umweltminister hatten wir in dieser Frage ohnehin nichts erwartet.

Der neueste Stand von Wissenschaft und Technik ist der Maßstab. Das gilt nicht nur für Deutschland. Das muss europaweit und weltweit durchgesetzt werden.

Entschuldigungen sind von den Atomkonzernen nicht zu erwarten, obwohl sie uns jahrzehntlang ebenso wie viele Vertreter von Politik und Wissenschaft vorgemacht haben, dass das Restrisiko nie eintritt. Trotzdem müssen sie zur Verantwortung gezogen werden. Wir stellen die finanzielle Subventionierung der Atomkraftwerke und der Industrie grundlegend infrage. Wir wollen, dass die Versicherungsleistungen für die Restlaufzeiten deutlich erhöht werden. Wir wollen, dass die steuerfreien Rückstellungen in der Bilanz für Rückbau und für den Müll sichergestellt werden. Auch die Kosten für das Asse-Desaster kommen auf die Rechnung. Die muss diese Industrie bezahlen.

Meine Damen und Herren, der gestrige Beschluss im Bundestag war ein wichtiger Schritt. Es gab eine breite Mehrheit im Parlament. Aber es war kein Konsens, kein gesellschaftlicher Konsens.

Herr McAllister, Ihre Politik ist janusköpfig. Ihre Regierungserklärung hat unsere Aussage bestätigt: Gorleben ist politisch tot.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Können Sie das nicht einmal lassen?)

Jetzt gilt es, die Konsequenzen zu ziehen. Die Landesregierung muss einräumen, dass dieser Ort auch geologisch ungeeignet ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wäre doch widersinnig, weitere Castorbehälter an einen ganz offensichtlich nicht geeigneten Ort zu bringen. Es wäre widersinnig, dort weitere Arbeiten vorzunehmen, wenn ein Neubeginn geplant ist.

Meine Damen und Herren, die 16 Bundesländer haben einstimmig eine neue gesetzlich begründete Endlagersuche und geologische Eignungskriterien gefordert. Dafür hat Ministerpräsident Kretschmann den Weg geöffnet. Er hat den Weg für eine neue Endlagersuche geöffnet. Aber nachdem Herr Kretschmann A gesagt hat, muss Herr McAllister jetzt auch B sagen. Das ist die Herausforderung, vor der wir stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Müll aus den Atomkraftwerken wird noch einige Jahrzehnte abkühlen müssen. Diese Zeit brauchen wir für einen Neubeginn bei der Endlagerforschung. Die letzten drei Jahrzehnte haben gezeigt, dass die Probleme ohne einen partei- und legislaturperiodenübergreifenden Konsens nicht zu lösen sind. Dabei darf man auch die Umweltverbände und -initiativen nicht übergehen. Jede politische Konstellation ist daran gescheitert - auch die Große Koalition. Deshalb muss es diesen Konsens in der Endlagerfrage geben. Die Linke muss sich dann überlegen, ob sie alleine stehen oder am Ende für eine Lösung kämpfen will.

(Victor Perli [LINKE]: Aber nicht für diese Lösung!)

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen heute gemeinsam mit der SPD einen Beschlussvorschlag vorgelegt, der aus meiner Sicht der weitestgehende ist und der eine Brücke baut. Es wäre völlig unverständlich, wenn die Koalition diese Option

heute ausschlagen und im Herbst wieder den Konflikt in Gorleben suchen würde. Ein Bau- und Transportstopp ist jetzt zwingend notwendig.

Eines ist auch klar, Herr Ministerpräsident: Die sogenannte Transmutation, die Umwandlung der radioaktiven Abfälle, ist kein Weg zu ihrer Beseitigung. Das Wort ist vielmehr nur eine Metapher für die alte Welt in der Atomindustrie, für die unbegrenzte Fortschreibung der atomaren Risiken, für den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage weit gefährlicher als Wackersdorf, ohnehin nicht geeignet für bereits verglaste Abfälle, ohnehin nur so weit, wie die Fusionsforschung immer war: 50 Jahre vor einer realistischen Option.

Meine Damen und Herren, bislang war Gorleben der virtuelle Entsorgungsnachweis für alle Atomkraftwerke dieses Landes. Dieser Zusammenhang muss jetzt aufgelöst werden. Eine Unterschrift des Ministerpräsidenten würde den Stein ins Wanken bringen. Jetzt ist das Ende der Atomkraftwerke in Sicht. Aber wir müssen uns vor allzu leichtfertigen Lösungen für den Müll hüten. Alles, was oberirdisch steht, ist terroristischen Angriffen und kriegesischen Entwicklungen viel einfacher ausgesetzt. Die Asse hat gezeigt, dass unsere moderne Industriegesellschaft schon mit dem Hundertstel eines Castorbehälters überfordert sein kann. Wir müssen uns deshalb vor Lösungen hüten, die das Problem am Ende an unsere Enkel durchreichen.

Meine Damen und Herren, wir werden uns jedem Versuch, die Sicherheitskriterien aufzuweichen oder abzusenken, mit aller Kraft entgegenstemmen.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Das will kein Mensch!)

Ich bitte Sie, stimmen Sie unserem Antrag zu! Machen Sie den Weg frei für einen Neubeginn bei der Endlagersuche!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Bosse.

Marcus Bosse (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Ich denke, unser Antrag, lieber Kollege Wenzel, ist nicht nur der weitestgehende, sondern auch der beste Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Kurt Herzog, Sie haben in der Tat 2001 dagegen gestimmt, und Sie hatten auch Verbündete. Die Verbündeten waren CDU und FDP, die an der Stelle auch dagegen gestimmt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Victor Perli [LINKE]: So ein Quatsch!)

Wir begrüßen ausdrücklich die Entscheidung der Bundesregierung, aus der Atomenergie auszusteigen - vor allem auch deswegen, weil sich der Ausstieg im Wesentlichen am rot-grünen Ausstieg von 2000 orientiert. Man muss an der Stelle aber auch sagen: Der Ausstieg der rot-grünen Bundesregierung war rechtssicher, verfassungsfest, frei von Entschädigungsleistungen und wurde nicht beklagt, meine Damen, meine Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dies muss auch für den jetzigen Ausstieg gelten. Die unter Rot-Grün angefangene Energiewende muss konsequent fortgeführt werden. Es zeigt sich nun auch, dass die von der Bundesregierung anlässlich der Atomkatastrophe in Japan in panischer Eile zusammengewerkelten Gesetzesnovellen den notwendigen Umbau unseres Energiesystems letzten Endes möglicherweise verhindern oder behindern.

Die Regierungskoalition sowohl im Bund als auch im Land läuft den rot-grünen Beschlüssen an der Stelle hinterher. Rot-Grün hat sich hier auf einen guten gemeinsamen Antrag geeinigt. Letzten Endes sind gestern wichtige, richtungweisende und auch historische Beschlüsse - insbesondere ein historischer Beschluss - gefasst worden. Die Abschaltung der ältesten Meiler ist gut für die Bundesrepublik und auch für Niedersachsen, meine Damen, meine Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber - darauf machen wir in unserem Antrag auch aufmerksam - die noch laufenden Kraftwerke dürfen wirklich nur dann betrieben werden, wenn sie stets auf dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik betrieben werden. An der Stelle muss völlige Transparenz herrschen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Detlef Tanke [SPD]: So ist es!)

Das Risikopotenzial muss auf den höchsten Nenner gesteigert werden.

(Ulf Thiele [CDU]: Das Risikopotenzial muss gesteigert werden?)

- Auf den geringsten Nenner gebracht werden, pardon.

Wichtig ist eine ergebnisoffene bundesweite Endlagersuche. Ich denke, an dem Punkt sind wir auch ganz dicht beieinander. Mögliche Optionen - das hat der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung ja auch deutlich gemacht -, mögliche neue Konzepte, unterschiedliche geologische Formationen müssen an der Stelle erkundet werden. Für mich persönlich scheidet aufgrund der schlechten Erfahrungen in der Asse Salz zunächst aus. Aber was ist beispielsweise mit Ton oder Granit? - Herr McAllister hat auch deutlich gemacht, dass wir natürlich auch prüfen müssen, ob eine oberirdische ganz, ganz sichere Lagerung letzten Endes möglich ist. Wir dürfen uns an der Stelle nicht treiben lassen. Ganz wichtig ist - viele andere europäische Staaten machen uns das vor - ein ganz sauberes, transparentes Verfahren. Wir müssen die Bevölkerung mitnehmen, meine Damen, meine Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mir ist sehr wohl bewusst, dass das eine Mammutaufgabe ist - keine Frage. Das erfordert einen breiten gesellschaftlichen Konsens, und natürlich ist auch eine gesetzliche Grundlage notwendig. Was an der Stelle den Antrag von Rot und Grün von Ihrem Antrag trennt, ist, dass darin nicht ein Wort zu Gorleben steht. Es steht nichts darüber drin, wie Sie mit Gorleben umgehen wollen. Zwingend notwendig sind aber bei einer neuen Endlagersuche ein sofortiger Baustopp und ein Transportstopp von Castoren nach Gorleben.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen auch, dass das zwingend notwendig ist. Herr McAllister hat das bei seiner Regierungserklärung ziemlich deutlich gesagt. Sie konnten es auch lesen. Er hat im Grunde genommen Gorleben schon den Sargnagel verpasst, meine Damen, meine Herren.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Bosse, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Herzog?

Marcus Bosse (SPD):

Später gerne, jetzt nicht. Die Zeit läuft mir sonst davon.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Das wird doch angerechnet!)

Ich muss auch sagen: Wir werden an der Stelle wohl noch eine ganze Menge Überzeugungsarbeit leisten müssen.

In Richtung der Linken sage ich: Wenn wir erst die rechte Seite des Hauses davon überzeugt haben, dass Gorleben gestoppt werden muss - Bau- und Transportstopp -, dann ist der nächste Schritt die Festschreibung im Grundgesetz, die mit Sicherheit sinnvoll ist. Aber wir werden den Mut an der Stelle nicht verlieren und weiterhin versuchen, Sie zu überzeugen. Bis 2013 haben wir ja noch Zeit. Ich bin davon überzeugt, dass Sie dem rot-grünen Beschluss, Gorleben aufzugeben, wieder hinterherlaufen werden, meine Damen, meine Herren.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, zu einer Kurzintervention hat sich der Kollege Herzog gemeldet. Bitte!

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Bosse, ich will es kurz machen. Ich habe aus jahrzehntelanger Erfahrung gelernt, was „formulieren“ heißt.

(Jens Nacke [CDU]: Dann wenden Sie das doch mal an!)

Im Antrag von Rot und Grün steht etwas von Bau- und Transportstopp. Genau an dieser Stelle waren wir vor gut zehn Jahren schon einmal. Der Stopp damals war ein Moratorium, und was daraus geworden ist, wissen wir beide ganz genau. Mit Blick auf die im Konsens festgeschriebenen Eignungshöflichkeit von Gorleben hat der grüne BfS-Präsident König sogenannte Zweifelsfragen klären wollen. Wir beide als Mitglieder des Untersuchungsausschusses wissen in diesem Zusammenhang, wie untauglich Gorleben ist. Herausgekommen ist: weiter machen! - Auf dieser Steilvorlage arbeitet Röttgen - Stück für Stück, Strecke für Strecke im Salzstock. Das wird dazu führen, dass er 2013, bevor es Rot-Grün im Bund möglicherweise anders machen kann, eine Sicherheitsanalyse zusammengebastelt haben wird, die er mit wissenschaftlichen Gutachten unterlegen wird, aber nicht von Wissenschaftlern, die - das wissen

wir beide aus dem Untersuchungsausschuss - recht haben und immer recht hatten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, Herr Bosse möchte gern erwidern. Bitte schön!

Marcus Bosse (SPD):

Lieber Kurt Herzog, ich weiß, dass du sehr belesen bist und auch Programme liest.

(Zurufe von der CDU: Sie! Sie!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, wir wollen beim „Sie“ bleiben.

(Ulf Thiele [CDU]: Immer diese Kumpane! - Weiterer Zuruf von der CDU: Kumpane! mit den Linken!)

Marcus Bosse (SPD):

So werden Sie mit Sicherheit wissen, lieber Kurt Herzog, dass Programme sowohl von den Grünen als auch von den Sozialdemokraten vorliegen. Ich will an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, dass der SPD-Landesverband beschlossen hat, dass Gorleben ungeeignet ist. An dieser Stelle brauche ich, glaube ich, kein weiteres Wort zu verlieren.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, da es eben anscheinend Unstimmigkeiten gegeben hat, will ich bekannt geben, dass die SPD-Fraktion noch neun Minuten Redezeit hat.

Der nächste Redner ist der Kollege Hocker für die FDP-Fraktion.

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausstiegsbeschluss der Bundesregierung wird inhaltlich auch von weiten Teilen der Opposition in diesem Hause getragen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Auch die Grünen haben in Berlin, vielleicht mit der Faust in der Tasche, diesem Ausstiegsszenario zugestimmt. Die Hauptsache ist aber, dass sie zugestimmt haben.

Die Linken wollen sich mit ihrem Antrag sozusagen als das Sammelbecken für enttäuschte Grüne profilieren. Das wird Ihnen, lieber Herr Kollege Herzog, nicht gelingen.

(Beifall bei der FDP)

Vielmehr feilen Sie mit Ihrem Antrag an dem Image einer unrealistischen Chaostruppe. Das ist Frau Flauger heute Morgen bei verschiedenen Tagesordnungspunkten schon hervorragend gelungen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Sie behaupten, dass die Maßnahmen zur Förderung der erneuerbaren Energien nicht ambitioniert genug seien. Sie sollten eigentlich wissen, dass sich die Modulpreise im Bereich der Fotovoltaik in den vergangenen Jahren gedrittelt haben. Sogar den Vertretern der Fotovoltaikindustrie ist es mittlerweile unangenehm, wie ihnen das Geld hinterhergeschmissen wird.

Der Treppenwitz der Geschichte ist, dass eine Partei, die sich links nennt, die alleinerziehenden Mütter, die Rentner und die Studenten vergisst und ihnen immer höhere Stromkosten aufbürden will.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU - Victor Perli [LINKE]: So ein Quatsch! - Marianne König [LINKE]: Das haben Sie mit den Privatisierungen gemacht!)

Trotzdem habe ich aufgrund der breiten Unterstützung des Ausstiegsbeschlusses die Hoffnung, dass wir die Energiepolitik endlich aus der ideologischen Ecke herausholen

(Lachen von Detlef Tanke [SPD] und Kreszentia Flauger [LINKE])

und diese zentrale Frage unseres Wohlstands und unserer sozialen Errungenschaften endlich pragmatischer angehen können. - Ich würde mich freuen, wenn ich hier einen Redebeitrag von Ihnen, lieber Kollege Tanke, hören könnte

(Kurt Herzog [LINKE]: Dann haben Sie die Faust in der Tasche! - Heiterkeit bei der LINKEN)

und nicht nur Ihren humoristischen Einsatz. Sie haben ja noch neun Minuten Redezeit.

Wir alle sind uns doch darüber einig, dass Strom zugleich verfügbar, nachhaltig umweltverträglich und preisgünstig sein muss.

(Victor Perli [LINKE]: Die Strompreisregulierung wieder einführen! Das ist der Weg!)

Die Bundesregierung hat mit ihrem Beschluss zu einem stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 das Kriterium der nachhaltigen Umweltverträglichkeit erfüllt. Ich habe die große Hoffnung, dass sich bezüglich der beiden anderen Ziele, nämlich der Preisgünstigkeit und der jederzeitigen Verfügbarkeit, keine so erbitterten Auseinandersetzungen ergeben werden, wie es bezüglich des Ausstiegs aus der Kernenergie der Fall gewesen ist.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, der nächste Redner ist der Kollege Bäumer für die CDU-Fraktion.

Martin Bäumer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Katastrophe von Fukushima hat uns alle erschüttert. Im März 2011 ist das passiert, was zuvor vielen Menschen undenkbar schien.

(Zuruf von der SPD: Es passiert übrigens immer noch!)

In einem technologisch hochentwickelten Land gerät ein Kernkraftwerk außer Kontrolle.

(Zuruf von der SPD: Es ist immer noch außer Kontrolle!)

Schneller, als von vielen erwartet, hat unsere Bundesregierung in Berlin mit Angela Merkel an der Spitze darauf reagiert.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Es wurde ein Moratorium verhängt. Die ältesten Kraftwerke wurden schnellstmöglich vom Netz genommen.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Was haben Sie eigentlich nach Tschernobyl gemacht?)

Damals, im März 2011, wurde zugesagt, die rechtlichen Grundlagen für den Ausstieg aus der Kernenergie zu schaffen.

Die Landesregierung mit unserem Ministerpräsidenten David McAllister an der Spitze und die CDU-Fraktion in diesem Landtag haben diese Entwicklung nachhaltig unterstützt.

(Beifall bei der CDU)

Im April 2011 haben wir hier im Landtag intensiv über Fukushima und die Folgen diskutiert. Heute, keine drei Monate später, gibt es einen großen Konsens für einen geordneten Ausstieg aus der Kernenergie und für einen schnelleren Einstieg in die erneuerbaren Energien.

Gestern, meine sehr geehrten Damen und Herren, war ein guter Tag für Deutschland und ein guter Tag für Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU)

Das macht mich sehr froh. Aber es würde mich noch froher machen und es wäre viel schöner, wenn es diesen Konsens auch hier in Hannover geben würde. Heute, Herr Bosse und Herr Wenzel, wäre dazu Gelegenheit. Allein mir fehlt der Glaube, dass die linke Seite in diesem Hause über ihren Schatten springen könnte.

(Johanne Modder [SPD]: Sie müssen ganz kleine Brötchen backen, meiner Lieber!)

In Berlin war das möglich, Frau Modder. Hier scheint das nicht möglich zu sein. Überlegen Sie einmal, ob Sie nicht mit dem, was Sie gleich tun werden, das konterkarieren, was in Berlin beschlossen worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Linke in diesem Haus hat mich überhaupt nicht überrascht.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Wir sind eben zuverlässig!)

Was Herr Herzog hier vorhin abgesondert hat - diese Bitterkeit, diese Enttäuschtheit über das, was dort passiert -, hat fast dazu geführt, dass ich gar nicht hier nach vorne treten wollte.

(Johanne Modder [SPD]: Das wäre besser gewesen!)

Ich habe nämlich überlegt: In einem solchen negativ verseuchten Umfeld willst du gar nicht sprechen.

(Lachen und Widerspruch bei der SPD und bei der LINKEN)

Herr Herzog, ich bin fest davon überzeugt, dass auch Sie eines Tages erkennen werden: Bitterkeit alleine hilft nicht weiter; man muss auch an Lösungen arbeiten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Lösungen aber, Herr Herzog, habe ich in Ihrem Elfpunkteantrag überhaupt nicht gefunden.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Haben Sie nicht zugehört?)

Der ist ein Sammelsurium: von einem unverzüglichen Ausstieg aus der Kernenergie über Stromtarife für sozial Schwache bis hin zu der Forderung, die Schuldenbremse im Landeshaushalt nicht festzuschreiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sieht so eine umsichtige Politik mit Weitblick aus, die bereit ist, in diesem Land ganzheitlich Verantwortung zu übernehmen?

(Zustimmung bei der LINKEN)

Nein, ganz und gar nicht! Deshalb muss es bei der Ablehnung Ihres Antrages bleiben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Victor Perli [LINKE]: Kein einziges Argument!)

Das gilt auch, Herr Perli, für Ihren neuen Antrag, der einen schnelleren Ausstieg aus der Kernenergie fordert, als er gestern im Bundestag beschlossen worden ist. Sie wollen jetzt schon im Jahr 2014 alle Kernkraftwerke abgeschaltet haben. Das ist in drei Jahren. Herr Herzog, mir fehlt der Glaube, dass das technisch machbar ist. Mit dieser Forderung - das haben Sie vorhin gemerkt - stehen Sie hier im Landtag isoliert da,

(Victor Perli [LINKE]: Draußen haben wir die Mehrheit!)

und in Berlin sind Sie es auch. Ihr Antrag ist ein erneuter Beweis dafür, dass die Linke eine rein populistische Politik betreibt. Die brauchen wir nicht.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

SPD und Grüne, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben uns zur Energiewende am Dienstag, also vor drei Tagen, mit einem Änderungsantrag zu ihren eigenen Anträgen überrascht. Aus ursprünglich 18 Punkten wurden drei Punkte. Aber Sie dürfen nicht erwarten, dass wir Ihrem rot-

grünen Antrag, Herr Bosse und Herr Wenzel, zustimmen werden.

Das geht schon allein deswegen nicht, weil Sie fordern, die Arbeiten im Bergwerk Gorleben mit sofortiger Wirkung zu stoppen. Ihre Forderung, Herr Wenzel, ist pure Ideologie und fachlich nicht zu begründen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn Jürgen Trittin und Sigmar Gabriel einen Grund gefunden hätten, Gorleben für ungeeignet zu erklären, dann hätten sie das zu ihren Amtszeiten sicherlich getan. Das haben sie aber nicht, und auch nicht der Niedersachse Gerhard Schröder.

Das Bundesamt für Strahlenschutz - Präsident: Wolfram König, Grüne -, vorhin schon genannt, sagt in seinen Pressemitteilungen selbst:

„Richtig ist, dass eine Eignungsaus-sage zum Standort Gorleben bisher noch nicht getroffen wurde und erst nach umfangreichen Sicherheitsana-lysen getätigt werden kann.“

Das, mein sehr geehrten Damen und Herren, ist der aktuell fachlich richtige Stand, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie, Herr Bosse und Herr Tanke, fordern hier jetzt einen Baustopp im Bergwerk Gorleben. Sie fordern, keine weiteren Castortransporte ins Zwischenlager Gorleben durchzuführen. Auf welcher Grundlage tun Sie das eigentlich?

(Reinhold Coenen [CDU]: Unseriös!)

Ich habe Ihnen, Herr Wenzel, in diesem Landtag schon mehrfach gesagt, dass Sie nirgendwo in dieser Republik nach neuen Standorten zu suchen brauchen, wenn Sie den dann dort betroffenen Menschen nicht klipp und klar sagen können, ob Gorleben geeignet ist oder nicht.

(Zustimmung bei der CDU)

Wollen Sie, Herr Wenzel, über die Eignung von Standorten politisch entscheiden, ohne Wissenschaft und Technik? Ist das ein transparentes Verfahren, wie Sie es für alternative Endlageroptionen fordern? - Sie widersprechen sich, Herr Wenzel. Das entlarvt sehr deutlich, dass es bei Gorleben schon längst nicht mehr ausschließlich um Fakten geht, sondern nur um pure Ideologie.

(Beifall bei der CDU)

Allenfalls eine Änderung des Endlagerkonzeptes, das bislang vorsah, den atomaren Müll in tiefe geologische Schichten zu verbannen, kann dazu führen, dass Gorleben mit anderen Augen zu betrachten ist.

Ähnliches, Herr Wenzel, gilt auch für Castortransporte. Irgendwohin muss der atomare Müll doch! Ins Zwischenlager nach Gorleben, Herr Bosse, soll er nach Ihrer Meinung nicht. Aber wohin dann? Die völkerrechtlichen Verträge sind da. Wir haben in Deutschland nur ein genehmigtes Zwischenlager in dieser Größenordnung, und das steht in Gorleben auf der anderen Seite der Straße.

Das, was Sie hier betreiben, Herr Wenzel und Herr Bosse, ist lupenreine Rosinenpickerei. Sie sagen immer nur, was nicht geht. Das ist scheinheilig und unglaubwürdig. Sagen Sie doch bitte einmal, was geht, oder lassen Sie das einfach!

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Ich erwarte nicht von Ihnen, dass Sie sagen werden, was geht. Wenn es darum geht, Verantwortung zu übernehmen, schlagen Sie sich wie früher in die Büsche. Unsere Generation sorgt jetzt für die Energiewende, und unsere Generation hat auch die Aufgabe, die Endlagerfrage zu lösen. Die Energiewende ist nur zu schaffen, wenn man bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, und das nicht nur punktuell, sondern ganzheitlich und mit Konzept. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der linken Seite dieses Hauses, haben Sie nicht, weil Sie ideologisch verbohrt sind. Sie haben Scheuklappen. Sie verspielen das Vertrauen der Menschen. Das werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU - Kreszentia Flauger [LINKE]: Fällt Ihnen auch einmal etwas anderes ein? Inhaltlich nichts, Herr Bäumer!)

Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren! Trotz allem Bemühen um einen politischen Konsens auch hier in Hannover zeigt sich: CDU und FDP handeln, und die Opposition redet nur. - Das ist zu wenig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Rolf Meyer [SPD]: So ein Blödsinn!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren: Was du sagst, verweht im Wind. Nur was du tust, schlägt Wurzeln.

(Rolf Meyer [SPD]: Ja, genau! Wie war das denn vor einem halben Jahr?)

Das gilt auch für Fraktionsvorsitzende. Sie müssen mehr tun, Herr Schostok, als warme Worte zu sprechen. Das gilt vor allem für die Beschäftigten der Kernkraftwerke, denen Sie angeblich mit einem Beschäftigungspakt helfen wollen. Laut *Deister- und Weserzeitung* vom 11. Juni 2011 hat Herr Schostok festgestellt:

„Insbesondere am Standort Grohnde, wo die Arbeitsplätze noch vor einem halben Jahr auf Jahrzehnte sicher waren, ist die Verunsicherung mit Händen zu greifen.“

Ich weiß nicht, Herr Schostok, wohin Sie damals gegriffen haben. Manchmal greift man ja auch mal daneben.

(Rolf Meyer [SPD]: Sie greifen ins Leere!)

Mit den betroffenen Menschen haben Sie anscheinend nicht gesprochen. Denn Thomas Gerl, der Betriebsratschef des Kernkraftwerkes in Grohnde, schreibt am 18. Juni 2011 in der gleichen Zeitung in einem Leserbrief, aus dem ich zitiere:

„Mit Verwunderung habe ich den Brief über den Beschäftigungspakt der SPD gelesen. Selbstverständlich freuen wir uns als Mitarbeiter des Gemeinschaftskernkraftwerkes Grohnde über jegliche politische Unterstützung. Doch wie konnte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Herr Stefan Schostok, die Verunsicherung der Beschäftigten mit Händen greifen? Ich habe keinerlei Informationen - trotz Nachfrage -, dass irgendein SPD-Politiker Gespräche mit Teilen der Belegschaft, der Kraftwerksleitung oder der Belegschaftsvertretung geführt hat, auch nicht bei einer Rundreise durch das Weserbergland.“

(Zuruf von der CDU: Was?)

So ist das also, wenn man auf die Worte der SPD vertraut, Herr Schostok.

Lassen Sie mich zum Schluss über unseren Änderungsantrag sprechen, den ich schon im Ausschuss angekündigt hatte. CDU und FDP sprechen sich dafür aus, dass die Kraftwerksstandorte nach der Stilllegung der Kernkraftwerke als Energiestandorte erhalten bleiben. Wir sprechen uns dafür aus, dass die Umbaumaßnahmen an diesen Standorten sozial verträglich erfolgen. Wir bitten

die Landesregierung, den im Energiepaket der Bundesregierung enthaltenen stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie bis spätestens zum Ende des Jahres 2022 zu unterstützen. Das ist ein konkretes Enddatum. Von heute an sind das exakt elf Jahre und sechs Monate. Danach ist in Deutschland Schluss mit Kernenergie.

Aber bis dahin müssen wir uns anstrengen, um den Ausstieg zu schaffen. Das ist allein mit dem Bedrucken von Papier nicht getan, auch nicht damit, dass man warme Worte spricht, und erst recht nicht damit, dass man Pumpspeicherkraftwerke verhindert, Herr Wenzel, und beim Netzausbau jahrelang geschlafen hat.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Ich habe eine Zwischenfrage!)

Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt sind wir alle gefragt, unideologisch, pragmatisch und schnell an Lösungen zu arbeiten und vor allem die Fakten zur Kenntnis zu nehmen.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege - - -

Martin Bäumer (CDU):

Nein!

(Oh! bei den GRÜNEN - Rolf Meyer [SPD]: Das ist schwach, Herr Bäumer!)

Seit Beginn des Moratoriums im Jahr 2011 ist Deutschland von einem Nettoexporteur von Strom zu einem Nettoimporteur von Strom geworden. Vor dem 16. März 2011 wurden durchschnittlich 90 Millionen kWh pro Tag exportiert. Seit dem 17. März 2011 werden durchschnittlich 40 Millionen kWh importiert - vor allem Atomstrom aus unserem Nachbarland Frankreich. So kann das nicht bleiben!

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht! Schauen Sie sich einmal die Bilanzen an!)

Ausstieg aus der Kernenergie bedeutet Einstieg in Alternativen. Ich will das einmal bildlich ausdrücken: Deshalb ist jetzt nicht die Zeit, hier im Bahnhof stehen zu bleiben und zu palavern. Die Umsteigezeit ist denkbar kurz. Wer den Zug verpasst, wird nicht im Zeitalter der erneuerbaren Energien ankommen.

(Detlef Tanke [SPD]: Sie haben den Zug ein halbes Jahr aufgehalten, teilweise sind Sie rückwärts gefahren!)

Deutschland wird zum Land ohne Kernenergie.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Sie haben den Zug eindeutig angehalten!)

Wir wollen das ohne Kompromisse mit den Menschen mit allen Konsequenzen, aber auch wirtschaftlich sinnvoll, ökologisch wertvoll und sozial gerecht.

Vielen Dank, dass Sie mir zumindest teilweise aufmerksam zugehört haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren! Bevor ich die Wünsche auf Kurzinterventionen erfülle, möchte ich die Kolleginnen und Kollegen insgesamt darum bitten, dass wir den Wiederbeginn der Abqualifizierung von Reden anderer, z. B. durch die Verwendung des Begriffs „absondern“ oder des Ausrufs „So ein Blödsinn!“, vermeiden sollten. Ich halte beides nicht für parlamentarisch angemessen.

(Zuruf von der LINKEN: Das hat der Redner selbst gesagt!)

Es gibt drei Wünsche auf Kurzinterventionen, zunächst vom Kollegen Herzog.

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wo wir bei Sprüchen sind, sondere ich noch einmal einen ab. Herr Bäumer, Sie haben ja auch einen gebracht. Ich fasse Ihre Rede folgendermaßen zusammen.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege Herzog, ich darf Sie unterbrechen! Sie sind hier nicht auf einer Spaßveranstaltung, sondern im niedersächsischen Parlament.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von der CDU: Ja!)

Wenn der Präsident vorher etwas rügt, erwarte ich von Ihnen, dass Sie dieser Rüge Genüge tun. Deswegen bitte ich Sie, das nicht zu verwenden.

(Zuruf von der LINKEN: Aber das dürfen andere verwenden!)

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Bäumer, wo es den Rednern an Tiefe fehlt, gehen Sie in die Breite. Erstens möchte ich Ihnen etwas sagen zu Bitterkeit und negativ verseuchtem

Umfeld. Im Wendland gibt es die bunteste, kreativste, lebendigste Kultur, die ich kenne. Und ich lebe gern da.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf: Genau!)

Zweiter Punkt. Lösungen. Das Wendland hat inzwischen - daran habe ich sehr tatkräftig mitgewirkt - eine zu 100 % regenerative Stromerzeugung.

(Zustimmung bei der LINKEN - Zuruf von der LINKEN: Super!)

Dritter Punkt. Als Sie die Autos sichern wollten, haben Sie als Schwarz-Gelb ein riesiges Konjunkturprogramm aufgelegt. Die Schuldenbremse interessierte Sie überhaupt nicht. Wenn wir diese Energiewende schaffen wollen, müssen wir da klotzen und dürfen nicht kleckern. Im Zweifelsfall muss man gucken, wo die Konjunkturprogramme an dieser Stelle richtig gesetzt sind. Da muss eine Schuldenbremse unter Umständen zurücktreten.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der LINKEN: Eben! - Lothar Koch [CDU]: Nein!)

Vierter Punkt. Hier im Landtag isoliert zu sein, ist für mich durchaus keine Unehre - sagen wir es einmal so. Ich lade Sie gern zu einer Kreistags-sitzung ein. Da können Sie sehen, wie es aussieht und wie es vor allem mit Populismus aussieht.

(Jens Nacke [CDU]: Das glaube ich! Damit kennen Sie sich aus!)

Da können Sie auch einmal sehen, wie das ist, Herr Bäumer, wenn man das Vertrauen der Menschen verspielt hat. Die CDU hatte früher in Lüchow-Dannenberg Mehrheiten von über 60 %. Sie sind bei 28 % angekommen. Das bedeutet es ungefähr, wenn man das Vertrauen der Menschen verspielt.

(Beifall bei der LINKEN)

Letzter Punkt. Dass Sie heute immer noch sagen, nachdem Sie selbst im UntersuchungsausschussASSE dabei waren und die Ergebnisse aus dem Untersuchungsausschuss Gorleben kennen, es gebe keine Fakten gegen Gorleben, und immer noch weitermachen wollen, obwohl geologisch die Fakten dagegen sprechen, - - -

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, Sie müssen den letzten Satz sagen.

Kurt Herzog (LINKE):

- - - das ist wirklich hanebüchen. Das werden die Menschen im Wendland honorieren und Frau Bertholdes abwählen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, der nächste Wunsch nach Kurzintervention kommt von Frau Staudte, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Jens Nacke [CDU]: Wie kann man nur so verbittert sein! Das ist unglaublich!)

Miriam Staudte (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bäumer, ich kann genau an der Stelle weitermachen, an der Herr Herzog aufgehört hat. Sie haben uns vorgeworfen, wir lehnten Gorleben aus purer Ideologie ab. Ich muss Sie korrigieren. Das ist nicht Ideologie, sondern Geologie.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Die Mängel sind bekannt und werden von Ihnen ignoriert. Auf 7,5 km² ist das Deckgebirge abgelaugt. Wir haben dort Gasvorkommen, wir haben Erdölvorkommen, wir haben Laugenvorkommen, die mobilisiert werden können, wenn heißer Atom-müll eingelagert wird. Wir haben Carnallit- und Anhydritvorkommen, die Wasserwegsamkeiten ermöglichen, und nicht zuletzt sind die Schächte sowieso an einer völlig falschen Stelle gebaut worden.

(Jens Nacke [CDU]: Weiß das Herr König nicht? Er ist doch Grüner!)

Schon deswegen muss man von diesem ungeeigneten Salzstock Abstand nehmen.

(Beifall bei der GRÜNEN)

Die Ergebnisoffenheit, die immer wieder angesprochen wird, ist seit Ende der 70er-Jahre, als man sich nur auf einen Standort konzentriert hat, verlorengegangen.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Was habt Ihr 2000 in den Vertrag reingeschrieben?)

Das, was hier immer zum Besten gegeben wird und was auch in der Regierungserklärung angeklungen ist - das stand ja nicht einmal im Manuskript -, dieses Philosophieren über die Rückhol-

barkeit, reicht uns nicht. Wir verlangen konkrete Taten. Sie als Staatskanzlei sind die Genehmigungsbehörde für den Weiterbau dieses Schwarzbaus. Sie hätten den Rahmenbetriebsplan nicht weiter genehmigen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Letzter Satz, Frau Staudte!

Miriam Staudte (GRÜNE):

Insofern kann ich nur feststellen: Was die atompolitische Frage der Endlagerung angeht, sind Sie ein reiner Anscheinserwecker, Herr McAllister.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Die nächste Kurzintervention kommt vom Kollegen Schostok, SPD-Fraktion.

Stefan Schostok (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Bäumer, Sie haben hier aus Zeitungen zum Thema „Verunsicherung der Beschäftigten im Kraftwerk in Grohnde“ zitiert. Sie haben den Betriebsratsvorsitzenden Thomas Gerl zitiert. Sie haben richtig zitiert. Aber ich habe mich auf ein Statement des Betriebsratsvorsitzenden in Reaktion auf Ihre Ausstiegspolitik bezogen, nämlich raus aus den Kartoffeln und wieder rein in die Kartoffeln. Darüber waren der Betriebsrat und die Beschäftigten äußerst irritiert und haben selbst von Verunsicherung in der Belegschaft geredet.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Ursula Körtner [CDU])

Von daher habe ich auf das Statement, das ich in der Zeitung gelesen habe und das Sie im Zweifel unterstützt haben, um es in den Kommunalwahlkampf hineinzuziehen, bisher nicht reagiert. Ich warte darauf, dass die Kommunalwahlen vorbei sind; denn ich halte überhaupt nichts davon, Beschäftigteninteressen in den Wahlkampf hineinzuziehen. Deswegen haben wir das anders gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich den Landkreis besuche, dann ist es richtig, dass man als Oppositionspolitiker dann, wenn man dazu gefragt wird, Stellung bezieht. Wenn mir

gesagt wird, dass die Beschäftigten Verunsicherung äußern, dann finde ich es sogar richtig gut, wenn Oppositionspolitiker nicht die Landesregierung oder die Bundesregierung kritisieren, sondern öffentlich Vorschläge dazu machen, - - -

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Schostok, letzter Satz bitte!

Stefan Schostok (SPD):

- - - wie man die Verunsicherung abbauen kann. Deshalb unser Vorschlag eines Beschäftigungspaktes, für den wir schon tätig geworden sind. So viel Kreativität habe ich von der Landesregierung noch nicht wahrgenommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Schostok, die 90 Sekunden sind um.

Stefan Schostok (SPD):

Was würden Sie denn sagen, wenn ich Herrn McAllister dafür kritisieren würde, dass er sich für die Beschäftigten von Alstom einsetzt? Wir wären doch bescheuert, wenn wir das täten. Wir unterstützen so etwas. Ich verlange von Ihnen, dass Sie gute Vorschläge hier gefälligst unterstützen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, die SPD hat noch eine Restredezeit von neun Minuten. Herr Kollege Bosse hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Zuruf)

- Ach, Entschuldigung. Herr Bäumer, es tut mir leid, ich habe Sie soeben übersehen. Sie haben natürlich die Chance zu erwidern. Sie sind zuerst dran. - Herr Bosse, Sie müssen noch einen Moment warten.

(Marcus Bosse [SPD]: Das mache ich doch gern! - Zuruf von der SPD: Jetzt kommt erst einmal die Steilvorlage!)

Martin Bäumer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das widerspricht auch der These, dass ich in die Breite gegangen wäre, Herr Herzog. Wenn

mich schon der Präsident nicht sieht, dann kann von Breite nicht die Rede sein.

(Heiterkeit bei der CDU - Zuruf: Aber fehlende Tiefe!)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren: Herr Herzog, ich sage Ihnen ganz deutlich: Von der bunten Kultur im Wendland, von der Sie reden, haben wir in den letzten drei Jahren eine ganze Menge mitbekommen. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich habe mittlerweile keine Lust mehr, dass Sie in den Landtag von Niedersachsen in Hannover Ihre kleinkrämerischen Diskussionen aus dem Kreistag in Lüchow-Dannenberg hineinzerren. Ich finde, das sollten Sie dort lassen.

(Beifall bei der CDU - Kreszentia Flauger [LINKE]: Das gibt es doch nicht! Jetzt geht es aber los! - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Was ist das denn?)

Sie behaupten, dass die CDU dort nur 28 % repräsentiere. Sie haben aber unterschlagen, dass es weitere Mitglieder einer Gruppe gibt. Zusammen sind das 40 %. Ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann über den Landkreis Osnabrück hinaus denken. Sehr geehrter Herr Herzog, das erwarte ich auch von Ihnen.

Frau Staudte, Sie werfen mir vor, dass ich Geologie durch Ideologie ersetze. Ich sage Ihnen: Sie ersetzen Wissen durch Glauben. Sie wissen definitiv überhaupt nichts über die Geeignetheit von Gorleben.

(Beifall bei der CDU - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Haben Sie gar nichts mitgekriegt im Ausschuss? Wo waren Sie denn das letzte Jahr?)

Sie glauben das alles nur. Offiziell festgestellt ist das bislang noch nicht. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Schostok, Sie können dazu reden, so viel Sie wollen. Eines bleibt doch festzuhalten: Sie waren nicht bei den Beschäftigten, Sie haben mit denen nicht gesprochen.

(Ursula Körtner [CDU]: Genau!)

Sie hätten heute ankündigen können: Ich gehe dahin! - Das haben Sie nicht getan. Das kommt mir so ein bisschen vor wie in dem Kindermärchen mit Pippi Langstrumpf, die immer singt: Ich mach' mir

die Welt, widdewidde, wie sie mir gefällt! - Damit kommen Sie hier nicht durch.

Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

So, meine Damen und Herren, jetzt kommt, wie versehentlich schon angekündigt, der Kollege Bosse von der SPD-Fraktion.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Marcus Bosse (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Sehr geehrter Herr Bäumer, warum eigentlich immer diese Gereiztheit? Sie sprechen von dem großen gemeinsamen Konsens, den man hinbekommen soll. Das zeigt uns letzten Endes doch nur, dass nach solchen Reden, insbesondere von CDU-Abgeordneten, ein gesundes Misstrauen angesagt ist, meine Damen, meine Herren.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Ganz genau! - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Zur Sache!)

Woher nehmen Sie an der Stelle eigentlich den Hochmut, die Eitelkeit und die Selbstgerechtigkeit,

(Beifall bei der SPD)

sich hier hinzustellen und zu sagen, dass Sie die Energiewende eingeläutet hätten? Das, was Sie betreiben, ist nichts anderes als eine politische Häutung, meine Damen, meine Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Geht es auch ein bisschen kleiner?)

Sie haben den richtigen Weg eingeschlagen. Es hat bei Ihnen aber 30 Jahre gedauert, bis Sie es kapiert haben. Sie haben an der Stelle hier ganz kleine Brötchen zu backen. Sie sind in den vergangenen Jahren immer - das tun Sie auch jetzt noch - einen energiepolitischen Zickzackkurs gefahren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und nicht nur das! Mit den Beschlüssen aus dem letzten Jahr haben Sie die Energiewende im Wesentlichen behindert und nichts anderes.

Nun möchte ich noch ein paar Worte zu Fukushima sagen. Es ist ja nicht damit getan - so schlimm, wie die Ereignisse waren; sie sind dramatisch -, zu

meinen, dass dort jetzt alles in Ordnung wäre, nur weil darüber nichts mehr in der Zeitung steht. Das, was da passiert, ist eine Katastrophe, und zwar für die Natur und auch für die Menschen, die da leben. Das muss man an der Stelle einmal deutlich darstellen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Sie sprachen von Ideologie. Das haben Sie uns auch immer vorgeworfen. 30 Jahre lang wurde uns vorgeworfen, wir seien ideologisch verblendet, es sei unmöglich, diesen Weg einzuschlagen, man komme aus der Kernenergie nicht raus. Alles das sind Sprüche, die wir alle schon einmal gehört haben. Es ist schon möglich. Man muss es nur wollen. An der Stelle scheint der Herr Ministerpräsident weiter zu sein als Sie. Man muss sich fragen, ob hier der Schwanz mit dem Hund wedelt, meine Damen, meine Herren!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Wie bei der Schulpolitik! Da war es genauso!)

Gorleben. Ich bin kein Prophet,

(Lachen bei der CDU)

aber ich unterstelle: Wir sehen uns hier wieder

(Zuruf von der CDU: Nein!)

mit einem gemeinsamen Beschluss, mit dem wir uns von Gorleben verabschieden, meine Damen und Herren!

(Heinz Rolfes [CDU]: Schreien Sie doch nicht so rum!)

Gorleben ist keine Frage der Ideologie. Gorleben ist eine Frage der Vernunft, meine Damen, meine Herren.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Es gibt aus der SPD-Fraktion noch einen weiteren Wunsch nach Redezeit, und zwar von Frau Emmerich-Kopatsch. Sie hat immer sechs Minuten. Bitte schön!

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Bäumer, ich frage mich

manchmal sehr erstaunt, wie die Kommunikation in Ihrer Fraktion wohl laufen mag.

(Vizepräsident Hans-Werner Schwarz übernimmt den Vorsitz)

Wir waren mit dem Ausschuss für Europaangelegenheiten zu einem Gespräch mit Herrn Oettinger in Brüssel. Herr Oettinger hat dort erklärt - die Kolleginnen und Kollegen werden Ihnen das sicher mitteilen können -, dass er beabsichtigt, für die Endlagerung vorzuschlagen, zukünftig in 400 bis 500 m Tiefe zu lagern, rückholbar und stetig überwachbar. Da sagten die Kollegen der CDU: Dann ist Gorleben tot. - Darauf sagte Herr Oettinger: Dann ist das eben so.

(Ulf Thiele [CDU]: Seit wann ist Herr Oettinger der Papst?)

Ich weiß nicht, was Sie hier treiben oder ob Sie einfach nicht wahrnehmen wollen, dass alle in der CDU weiter sind als die CDU-Landtagsabgeordneten, die nicht im Europaausschuss sind.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Ebenfalls zu Wort gemeldet hat sich Herr Wenzel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie haben noch 1:45 Minuten, Herr Wenzel. Bitte schön!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe eine Frage an den Ministerpräsidenten und Herrn Bäumer. Was wollen Sie zur Nachrüstung der Kraftwerke, die jetzt noch Restlaufzeiten haben, tun? Und wie und zu welchem Zeitpunkt wollen Sie dies durchsetzen?

Dieselbe Frage stelle ich auch an Herrn Herzog, der ja Atomkraftwerke noch bis 2014 laufen lassen will, in seinem Antrag aber kein Wort zu der Nachrüstung dieser Atomkraftwerke schreibt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Kurt Herzog [LINKE]: In unserem ersten Antrag steht das drin!)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Zu Wort gemeldet hat sich ebenfalls Frau Bertholdes-Sandrock, und zwar zu einer persönlichen Bemerkung nach § 76 unserer Geschäftsordnung. Bitte schön!

(Christian Meyer [GRÜNE]: Am Ende des Tagesordnungspunktes! - Stefan

Schostok [SPD]: Am Ende der Debatte!

- Das muss nicht am Ende sein. Das kann jederzeit erfolgen. Wir machen es jetzt mal so.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Das muss am Ende kommen! So steht es in der GO! - Weitere Zurufe)

- Wir haben hier gerade einen Wechsel vorgenommen. Ich muss - da bitte ich um Nachsicht - erst einmal das eine oder andere ein bisschen sortieren. Im Moment liegt mir tatsächlich der Antrag auf eine persönliche Bemerkung vor. Aber wenn Frau Bertholdes-Sandrock bereit ist, noch einmal zurückzutreten, würde ich als Nächsten Hans-Heinrich Sander aufrufen. Die persönliche Bemerkung kann im Anschluss erfolgen. - Vielen Dank. Frau Bertholdes-Sandrock nimmt bitte noch einmal Platz.

Jetzt spricht Hans-Heinrich Sander als Minister, der sich zu Wort gemeldet hat. Danach, wenn wir mit dem Punkt durch sind, kommt Frau Bertholdes-Sandrock zu Wort.

(Zuruf von Daniela Behrens [SPD])

- Vielen Dank, Frau Behrens. Schön, dass Sie feststellen, dass es geht. Ich bedanke mich dafür.

Jetzt hat Herr Minister Sander das Wort. Bitte schön!

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Tagesordnungspunkt 44 ist aufgrund der gestrigen Entscheidung und der Gesetzeszustimmung insbesondere der Regierungsfractionen, aber auch der SPD und der Grünen im Prinzip erledigt. Er ist überholt.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Nein, überhaupt nicht! Das ist ein Irrtum!)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hätte es begrüßt, wenn aufgrund der neuen Gesetzeslage nun eine gemeinsame Erklärung zu den Fragen, die noch offen sind, erfolgt wäre. Aufgrund der Kürze der Zeit war das aber wahrscheinlich nicht angebracht. Deswegen begrüßen wir den Antrag der Regierungsfractionen, weil er im Grunde genommen auch Ihnen, Herr Wenzel, und Ihnen, Herr Schostok, die Möglichkeit gibt, dem zuzustimmen.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Sagen Sie einmal etwas zu Gorleben!)

Schließlich müssen wir gerade auch gegenüber Berlin immer wieder betonen, dass es einen niedersächsischen Grundkonsens gibt, der diese Bundesregierung in Fragen des Ausstieges unterstützt. Meine Damen und Herren, auch wenn das heute noch nicht möglich war, gehe ich davon aus, dass wir das in der nächsten Zeit bewerkstelligen.

Die Bundesregierung hat - auch das sollte man betonen, wenn man schon von Konsens spricht -, auch mit der Bereitschaft der SPD und der Grünen, dieses Gesetzesvorhaben in kürzester Zeit im Bundestag erledigt. Im Bundesrat wird das am 8. Juli, am nächsten Freitag, erfolgen. Es ist schon eine erhebliche Leistung, die dort vollbracht worden ist. Die sieben Kernkraftwerke plus Krümmel sind abgeschaltet. Neun weitere bleiben am Netz, zwei davon in Niedersachsen.

Herr Kollege Wenzel, wenn Sie es nicht besser wüssten, würde ich Ihnen das ja nicht übel nehmen. Aber immer wieder so mit Dreck nach dem Umweltminister und dann noch nach dem Ministerpräsidenten zu schmeißen! Sie wissen, dass es ein Kerntechnisches Regelwerk gibt. Die Kernkraftwerke in Niedersachsen werden nach dem Kerntechnischen Regelwerk - eine gesetzliche Grundlage - überprüft.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Wie alt ist das denn?)

Wenn es dort Sicherheitsdinge gibt, die nicht in Ordnung sind, dann muss dies sofort beseitigt werden.

Nun ist das neue Kerntechnische Regelwerk - auch das müssten Sie wissen - noch nicht in Kraft. Und wir leben in einem Rechtsstaat. Die Anlagen sind genehmigt, und zwar nach den jetzigen Regeln und Gesetzen. Sollte es ein neues Kerntechnisches Regelwerk geben - und man muss mit den Betreibern auch absprechen, wie weit das umsetzbar ist -, dann werden diese Anlagen natürlich nachgerüstet.

Meine Damen und Herren, entscheidend ist doch, dass es eine große Mehrheit gibt - auch in diesem Hause; gestern hat sich diese Mehrheit auch im Bundestag dokumentiert -, die dafür ist, dass im Jahre 2022 das letzte Kernkraftwerk vom Netz geht.

Weil die Frage der Standortsicherheit nicht unbedeutend ist, müssen wir in Niedersachsen großen

Wert darauf legen, dass die Kraftwerksstandorte nicht infrage gestellt werden. Wir brauchen sie wahrscheinlich noch für Ersatzkraftwerke. Das kann Gas sein; es kann aber auch etwas ganz anderes sein. Nur: Es wäre leichtfertig, diese Kraftwerksstandorte infrage zu stellen.

Auch die Sozialverträglichkeit muss beim Ausstieg mit beachtet werden. Bei Unterweser haben wir es nicht ganz so leicht, weil die Zeit sehr kurz war. Bei Lingen und bei Grohnde kann man sich darauf einstellen.

Meine Damen und Herren, ein besonderer Schwerpunkt dieses Gesetzespaketes - das spielte heute weniger eine Rolle - sind die erneuerbaren Energien. Da wird es auf Niedersachsen ankommen - und auch darauf, wie weit der Niedersächsische Landtag der Bevölkerung klarmacht, dass diese erneuerbaren Energien möglichst schnell realisiert werden müssen.

(Christian Dürr [FDP]: Sehr richtig!)

Dazu gehören Onshore und Offshore. Wir werden dort die Vergütungssätze noch optimieren. Das kann man unter Umständen nicht in einem Verfahren bis ins Letzte regeln. Hier wird es aber weitere Regelungen und Nachbesserungen geben müssen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist sich weiterhin bewusst, dass sie für die atomaren Abfälle eine Verantwortung trägt. Es war aber nicht möglich, in diesem Gesetzespaket auch die Frage der Endlagerung mit zu erledigen. Das ist auch von Ihnen nicht eingebracht worden, weil es nicht machbar war.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Wir haben doch Änderungsanträge vorgelegt! - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Es ist sehr wohl eingebracht worden! Wir haben Änderungsanträge dazu gestellt! - Christian Meyer [GRÜNE]: Sie haben diese Änderungsanträge abgelehnt!)

Ich sage Ihnen aber Folgendes, Herr Wenzel: Unter Beachtung und Einbeziehung von Gorleben werden wir nach alternativen Standorten suchen. Voraussetzung ist aber, dass es dort einen Konsens gibt und alle Länder, die aufgrund der Karte der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe dafür infrage kommen, dort auch mitarbeiten. Meine Damen und Herren, da ist ein Konsens gefordert. Ich kann Ihnen sagen: Niedersachsen wird zügig daran arbeiten.

Deshalb ein kleiner Appell - denn wenn man das heute hier gesehen hat, dann denkt man: gestern gab es einen großen Konsens, und hier im Landtag gibt es heute über diese Fragen wieder eine Disharmonie, die ihresgleichen sucht -: Lassen Sie uns auch hier im Niedersächsischen Landtag die Chance ergreifen, auch unter dem Gesichtspunkt von Gorleben die Gemeinsamkeit zu suchen. Die Landesregierung ist dazu bereit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Wenzel hat sich noch einmal für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Wort gemeldet. Sie haben noch 1:15 Minuten Restredezeit.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Minister Sander, Sie haben sich ja sehr vorsichtig zu der Frage der Nachrüstung geäußert. Aber Sie und Ihr Haus kennen sicherlich das Kalkar-Urteil, in dem damals ausgeführt worden ist, dass das sogenannte Restrisiko nur deshalb vertretbar sei, weil es nach menschlichem Ermessen faktisch nicht eintreten könne. In dem Kalkar-Urteil wird die dynamische Risikovorsorge beschrieben, wonach die Atomaufsichtsbehörden verpflichtet sind, das zu machen, was nach dem jeweiligen Stand von Wissenschaft und Technik erforderlich und machbar ist.

Nach Fukushima wissen wir alle, dass die alten Annahmen zu den Grenzen der praktischen Vernunft außer Kraft gesetzt sind. Das heißt auch, dass wir für alle noch laufenden Kraftwerke, für Lingen und Grohnde, Nachrüstungen benötigen, für die auch nachgewiesen werden muss, dass auslegungsüberschreitende Störfälle beherrscht werden können. Wahrscheinlich können die das aber gar nicht leisten. Das heißt, wenn Sie dies angehen, werden wir unter Umständen erleben, dass die Abschalttermine im Vergleich zum Gesetz deutlich vorgezogen werden. Aber das erwarten wir! Das ist aufgrund der Rechtslage, wie sie vom Bundesverfassungsgericht festgestellt wurde, zwingend.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bis auf die Wortmeldung von Frau Bertholdes-Sandrock liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

In eigener Sache möchte ich im Zusammenhang mit der vorangegangenen Diskussion den ersten Satz aus § 76 unserer Geschäftsordnung - persönliche Bemerkungen - zitieren. Mir geht es nicht darum, dass ich recht haben möchte. Aber ich will das für diejenigen tun, die sich so köstlich amüsiert haben.

„Einem Mitglied des Landtages, das sich zu einer persönlichen Bemerkung zum Wort gemeldet hat, ist das Wort *auch* nach Schluss der Besprechung zu erteilen.“

(Zurufe von der CDU: „Auch!“)

Es kann also jederzeit erteilt werden. Frau Bertholdes-Sandrock hätte ihre persönliche Bemerkung durchaus vorhin abgeben können. Da ich aber gerne mit Ihnen das Einvernehmen herstellen wollte, sind wir so verfahren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Jetzt ist Frau Bertholdes-Sandrock dran. Sie hat das Wort zu einer **persönlichen Bemerkung**. Bitte sehr!

Karin Bertholdes-Sandrock (CDU):

Danke, Herr Präsident. Da auch ich halbwegs friedliebend bin, habe ich mich gerne darauf eingestellt.

Es geht hier im Landtag, Kollege Herzog, dermaßen häufig um mich, dass ich einmal die Gelegenheit ergreifen muss, dazu Stellung zu nehmen, zumal Sie bereits meine Abwahl prognostiziert haben. Bis jetzt habe ich mich allerdings dem Wählervotum unterstellt und bin dabei recht gut gefahren. Ich denke, das lassen wir auch dabei.

Ich möchte auf die Motive eingehen, weshalb Sie sich immer wieder zu diesen aggressiven und zum Teil außerordentlich persönlichen und destruktiven Bemerkungen hinreißen lassen.

Sie sind Wortführer der Gruppe X im Lüchow-Danzenberger Kreistag, die sich aus Linken, Grünen, SPD, Unabhängigen und der FDP speist.

(Hans-Henning Adler [LINKE]: Das ist doch gar nicht zur Sache! Sie müssen einen Angriff zurückweisen!)

Damit verfügen Sie über eine minimale Mehrheit. Diese Mehrheit nutzen Sie hier permanent, indem Sie sich - - -

(Zurufe von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Frau Bertholdes-Sandrock, ich muss Sie unterbrechen. Ich kann noch nicht einmal *Ihre* Worte verstehen, sodass ich Sie auch nicht hätte darauf hinweisen können, was zu einer persönlichen Bemerkung gehört. - Meine Damen und Herren, Sie müssten also bitte Ruhe bewahren, damit ich aufpassen kann, was Frau Bertholdes-Sandrock in ihrer persönlichen Bemerkung sagt.

Ich möchte Sie aber nicht weiter darauf hinweisen, Frau Bertholdes-Sandrock; denn Sie wissen, wie mit einer persönlichen Bemerkung umzugehen ist. Sie dürfen Angriffe zurückweisen. Bitte schön!

Karin Bertholdes-Sandrock (CDU):

Ich werde mich bemühen, Herr Präsident. - Ich möchte den Angriff des Kollegen Herzog, der sich solche Angriffe heute und auch ansonsten selbst gestattet, damit zurückweisen, dass ich darauf hinweise, Herr Kollege Herzog, dass Sie das Recht, dass Sie hier einen Alleinvertretungsanspruch aus einer minimal größeren Gruppe - es geht um ein oder zwei Abgeordnete - in einem Kreistag im Lande Niedersachsen ableiten, nicht permanent benutzen können.

(Zurufe von der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Der Grund dafür, Herr Kollege Herzog, ist, dass die Energiewende Möglichkeiten für einen neuen Konsens bietet, und Ihre Gruppe X bröckelt jetzt. Deshalb bitte ich darum, Kollege Herzog, wenn es politisch - - -

(Anhaltende Zurufe von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN: Persönliche Bemerkung! Sie müssen Angriffe zurückweisen!)

- Kollege Herzog, ich rede jetzt. - Herr Präsident, darf ich einen Satz dazu sagen?

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Sie dürfen Angriffe zurückweisen, aber Sie dürfen keine politische Stellungnahme abgeben. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Karin Bertholdes-Sandrock (CDU):

Ich möchte den Kollegen Herzog sehr herzlich bitten, die persönlichen Angriffe, die ausschließlich aus der derzeitigen politischen Situation herrühren, als solche zu kennzeichnen und hier nicht immer persönlich zu werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Victor Perli [LINKE]: Was wollten Sie eigentlich sagen?)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 44. Ich bitte um Aufmerksamkeit, weil es ein bisschen komplizierter wird.

Die auf Ablehnung lautende Beschlussempfehlung ist die weitestgehende Empfehlung. Wir stimmen daher zunächst über diese ab. Nur falls diese abgelehnt wird, stimmen wir anschließend über die Änderungsanträge ab. Ich halte das Haus damit einverstanden, dass wir zunächst über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drs. 16/3784 und anschließend gegebenenfalls über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/3795 abstimmen.

Mit anderen Worten: Um zu einer Abstimmung über die eingereichten Änderungsanträge zu kommen, muss zunächst die Beschlussempfehlung abgelehnt werden.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit haben Sie die Beschlussempfehlung abgelehnt, ihr wurde nicht gefolgt.

Wir kommen daher zur Abstimmung über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drs. 16/3784. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das erste war die Mehrheit. Dem Änderungsantrag wurde gefolgt. Das heißt, die Anträge wurden in der Fassung des gemein-

samen Änderungsantrages der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drs. 16/3784 angenommen. Zugleich ist damit der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/3795 gemäß § 39 Abs. 2 Satz 5 in Verbindung mit § 31 Abs. 3 Satz 2 unserer Geschäftsordnung abgelehnt.

Ferner ist ein Antrag auf sofortige Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 51 gestellt worden. Die Fraktion DIE LINKE hat für ihren Antrag in Drs. 16/3745 beantragt, die zweite Beratung und damit die Entscheidung über den Antrag gemäß § 39 Abs. 3 Satz 2 unserer Geschäftsordnung sofort anzuschließen. Wie mir mitgeteilt wurde, sind alle Fraktionen bereit, dem Wunsch der Antragsteller nach sofortiger Abstimmung über den Antrag zu folgen.

Der guten Ordnung halber frage ich unter Hinweis auf die soeben von mir zitierten Geschäftsordnungsbestimmungen gleichwohl, ob eine Ausschussüberweisung mit dem nach § 27 Abs. 2 Satz 1 unserer Geschäftsordnung erforderlichen Quorum von 30 Mitgliedern des Landtages verlangt wird. - Das ist nicht der Fall, wie ich sehe.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer den Antrag in Drs. 16/3745 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Der Antrag wurde abgelehnt.

Damit ist die Beratung der beiden Tagesordnungspunkte abgeschlossen.

Wir kommen zu **Tagungsordnungspunkt 45:**

Erste Beratung:

Bürgerrechte wieder einführen - parlamentarische Kontrolle verbessern - Verfassungsschutzgesetz reformieren - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/3744

Der Antrag wird durch den Kollegen Briese eingebracht. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Briese. Bitte schön!

Ralf Briese (GRÜNE):

Danke schön, Herr Präsident. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 11. September dieses Jahres jähren sich die Terroranschläge von New York zum zehnten Mal. Der Anschlag in New York und auch die vielen Anschläge danach führten zu einer Zäsur in der Sicherheitspolitik. Einen derarti-